

REGISTRIERUNGSBEDINGUNGEN für NATÜRLICHE Personen
zur Eröffnung eines HÄNDLERKONTOS
im österreichischen Teil des Unionsregisters

Dokumente, die für die antragstellende NATÜRLICHE PERSON als zukünftiger Kontoinhaber übermittelt werden müssen:

1. **Notariell beglaubigte Musterzeichnungen** von zeichnungsberechtigten Personen
2. **Strafregisterauszug über die letzten 5 Jahre als zukünftiger Kontoinhaber** (Original, elektronisch amtlich signiert oder notariell beglaubigte Kopie)
3. **Nachweis der Identität als zukünftiger Kontoinhaber** (notariell beglaubigte Kopie des gültigen Reisepasses, Personalausweises oder eines national anerkannten Ausweisdokuments)
4. **Nachweis der Anschrift des ständigen Wohnsitzes als zukünftiger Kontoinhaber** (Meldebestätigung im Original, elektronisch amtlich signiert oder notariell beglaubigte Kopie) *
5. **Nachweis, dass mindestens eine kontobevollmächtigte Person ihren ständigen Hauptwohnsitz in Österreich hat** (Meldebestätigung im Original, elektronisch amtlich signiert oder notariell beglaubigte Kopie) *
6. **Nachweis, dass der zukünftige Kontoinhaber in einem Mitgliedsstaat des EWR Inhaber eines offenen Bankkontos ist** (Original oder notariell beglaubigte Kopie)

Für **Antragsteller aus Nicht-EWR-Staaten** ist eine **einmalige Bearbeitungsgebühr von € 2.000,-** im Zuge der Kontoeröffnung zu leisten.

Dokumente, die für ALLE KONTOBEVOLLMÄCHTIGTEN PERSONEN übermittelt werden müssen:

1. **Nachweis der Identität** (notariell beglaubigte Kopie des gültigen Reisepasses, gültigen Personalausweises oder eines nach nationalem Recht anerkannten gültigen Ausweisdokuments. Bei Dokumenten ohne Ablaufdatum darf das Ausstellungsdatum des Dokuments nicht länger als 10 Jahre zurückliegen.)
2. **Nachweis der Anschrift des ständigen Wohnsitzes** (Meldebestätigung im Original oder elektronisch amtlich signiert oder notariell beglaubigte Kopie) *
3. **Strafregisterauszug über die letzten 5 Jahre** (Original oder elektronisch amtlich signiert oder notariell beglaubigte Kopie)

Allgemeine Hinweise zur Form der Dokumente:

- Das **Ausstellungsdatum der Dokumente beziehungsweise das Beglaubigungsdatum** der jeweiligen notariell beglaubigten Kopien darf **nicht länger als 3 Monate zurückliegen**. Bei Identitätsnachweisen ohne Ablaufdatum können Dokumente, deren Ausstellungsdatum länger als 10 Jahre zurückliegt, nicht akzeptiert werden.
- **Beglaubigungen** müssen von einem **Notar** oder einer anderen Person mit **ähnlicher Funktion** vorgenommen werden (zum Beispiel Gericht).
- **Dokumente** beziehungsweise die notariell beglaubigten Kopien müssen **im Original per Post** an die Österreichische Emissionshandelsregisterstelle **übermittelt** werden.
- **Elektronisch amtlich signierte Dokumente** sowie Dokumente, deren Beglaubigungsvermerk mittels elektronischer notarieller Beurkundungssignatur erfolgt, müssen **per E-Mail übermittelt** werden. Auf elektronisch firmenmäßig gezeichneten Dokumenten und Anträgen werden nur **qualifizierte elektronische Signaturen gemäß VO (EU) 910/2014 idgF**, bei Übermittlung per E-Mail, akzeptiert.
- Nicht in Österreich ausgestellte Dokumente, die in Staaten ausgestellt wurden, die dem Haager Beglaubigungsübereinkommen beigetreten sind, müssen eine **Apostille** tragen.
Sofern ein bilaterales Abkommen zur wechselseitigen Anerkennung von Dokumenten zwischen Österreich und dem ausstellenden Staat besteht, kann die Apostille entfallen.
Personenbezogene Dokumente, die in EU-Staaten ausgestellt wurden, müssen keine Apostille oder andere Form der Überbeglaubigung entsprechend der Verordnung (EU) 2016/1191 idgF tragen.
Dokumente, die in Staaten ausgestellt wurden, die nicht dem Haager Beglaubigungsübereinkommen beigetreten sind, müssen durch die zuständige österreichische Behörde im Ausstellungsstaat in korrekter Form beglaubigt werden (Überbeglaubigungsvermerk).
- **Dokumente, die nicht in deutscher oder englischer Sprache** ausgestellt sind, müssen von einer **beglaubigten Übersetzung ins Deutsche oder Englische** begleitet werden. Die Übersetzung muss von einem Übersetzer vorgenommen werden, der durch ein nationales Gericht oder eine andere Verwaltungsbehörde (zum Beispiel Justizministerium) öffentlich bestellt und beeidigt ist.
Ist das Dokument von einem EU-Mitgliedsstaat ausgestellt, so kann die Übersetzung entfallen, wenn das Dokument stattdessen von einem von der Ausstellungsbehörde ausgefüllten und angehängtem Formular entsprechend der Anhänge der Verordnung (EU) 2016/1191 idgF begleitet ist.
- *Die Registerstelle hat die Möglichkeit, Einsicht in das öffentlich zugängliche zentrale österreichische Melderegister zu nehmen. Meldebestätigungen aus dem zentralen österreichischen Melderegister sind somit für die Registerstelle verfügbar. Diese Dokumente müssen daher nicht übermittelt werden, wenn sie in dem genannten Register verfügbar sind. Nicht in Österreich ausgestellte Dokumente sind jedenfalls zu übermitteln.

Anmerkung:

Es sind die geltenden EU-Verordnungen, insbesondere (EU) 2019/1122 idgF und gegebenenfalls das Emissionszertifikatgesetz 2011 idgF anzuwenden.